

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Geiseltstraße 9-8 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Frau Höfle über den Tod ihres Gatten

Verteidiger Alsborg vor dem Untersuchungsausschuss.

Die heutige Sitzung des Höfle-Ausschusses war im Gegensatz zu der gestrigen wieder von allergrößtem Interesse. Einmal durch die Verlesung der schriftlich niedergelegten Aussage der Witwe Höfle, die aus begrifflichen Gründen darum gebeten hat, von einer mündlichen Aussage vor dem Plenum des Ausschusses entbunden zu werden. Frau Höfle teilt u. a. mit:

Anfang März fiel mir auf, daß mein Mann sehr elend aussah und ungewöhnlich viel abgenommen hatte. Nach Unterredung mit unserem Hausarzt versuchte ich zu erreichen, daß Dr. Einbader Gelegenheit gegeben würde, meinen Mann eingehend zu untersuchen. Diese Untersuchung fand nach etwa zehn Tagen statt, im Beisein des Gefängnisarztes. Zwei weitere Besuche, am 4. und 14. März, wurden im Bazarrett im Beisein eines Beamten abgehalten. Für die nächste Sprechstunde am 14. April, also am Osterdienstag, hatte ich ausdrücklich gebeten, daß der Behrer die Sprechstunde abhalten möchte. Dies wurde auch gestattet. Als ich kam, sagte mir der Wachtmeister schon draußen, mein Mann wünsche heute keinen Besuch, er fühle sich sehr elend.

Als ich in das Zimmer eintrat, war ich entsetzt über das Aussehen meines Mannes. Er sah aus, als läge er in den letzten Tagen.

Er konnte nicht mehr richtig reden, er fragte mich lassend: „Warum kommst Du schon heute, Du solltest doch morgen kommen.“ Dann sagte er, er käme morgen — also am Mittwoch — heraus, drei Ärzte hätten ihm gesagt, er sei hoffungslos!

Dann sagte er wieder: „Ich komme ja doch nicht heraus, weil die Barmats nicht herauskommen!“ Wiederholte fragte er nach den Kindern.

In der Zwischenzeit wurde durch Sträflinge das Mittagessen hereingebracht und auf die Heizung gestellt, von wo aus es sich der Kranke nicht hätte holen können. Auf meine Bitte, nun doch zu Mittag zu essen, behauptete er, er hätte bereits zu Mittag gegessen. Ich hatte aber den bestimmten Eindruck, daß er noch nichts gegessen hatte. Er war auf alle Fälle in einem derartigen Zustande, daß er sich das Essen selbst nicht von der Heizung hätte holen können, ob es ihm noch jemand gebracht hat, weiß ich nicht, glaube es aber auch nicht. Im übrigen benutzte ich die halbe Stunde dazu, ihm den Schwefel, der immer wieder ausbrach, mit einem Tuch von der Stirn zu wischen. Ich war nach dem Besuch, der mir so offensichtlich den Verfall meines Mannes zeigte, so aufgeregt, daß ich zunächst mit einem Bekannten verfuhr, maßgebende Herren im Justizministerium zu sprechen. Wegen des dritten Feiertages war aber niemand zu erreichen.

Am Mittwoch fuhr ich zum Untersuchungsrichter Dr. Rothmann.

um ihm den Zustand meines Mannes, wie ich ihn am Tage vorher getroffen hatte, eingehend zu schildern. Ich sagte ihm, daß mein Mann den Eindruck eines Sterbenden auf mich gemacht habe, daß ich in der größten Sorge um ihn sei und das Schlimmste befürchtete. In der Aufregung sagte ich ihm wörtlich: „Wenn mein Mann noch ein paar Tage hier drin bleibt, dann bringen Sie seinen verhandlungsfähigen Mann mehr heraus, sondern eine Leiche!“

Auf diese Schilderung ging Dr. Rothmann überhaupt nicht ein, sondern er erklärte mir, daß er „durch gesetzliche Bestimmungen gebunden sei.“ Als ich ihm dann noch sagte, daß mein Mann wütende Reden führe, erklärte er, „das hätte man häufiger bei Gefangenen, das wäre eben die Hysterie.“ Er könne da nichts machen, das ärztliche Gutachten wäre noch nicht da!

Wir war aufgefalle, daß die Wäsche meines Mannes, die ich alle 10 Tage in Robbit abholte, etwa in den letzten vier Wochen sehr beschmutzt war. Ich führte das anfangs zurück auf das Fehlen von Toilettenpapier und schaffte aus diesem Grunde solches herbei. Aber trotzdem wurde die Wäsche von 10 zu 10 Tagen schmutziger. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß mein Mann stets peinlich sauber war.

Aus den Zeitungsnotizen nach dem Tode meines Mannes erfuhr ich zu meiner größten Verwunderung, daß mein Mann bereits am Sonnabend, den 18. April, nachmittags 3 Uhr, bewußlos in seinem Bette aufgefunden wurde. Trotzdem hat man es nicht für notwendig gehalten, mich sofort zu benachrichtigen, sondern in der Nacht vom 19. zum 20. April (also von Sonntag auf Montag) wurde ich gegen 1 Uhr telefonisch angerufen, daß sich der Zustand meines Mannes durch das plötzliche Auftreten einer Lungenentzündung verschlechtert habe. Ich fand meinen Mann sterbend.

Der Gefängnisdirektor rief auch den Arzt herbei, der nicht im Zimmer meines Mannes war. Ich war sehr aufgeregt und sagte zu Herrn Dr. Thiele:

„Gestern erklärten Sie unserem Hausarzt, mein Mann wäre noch hoffähig, und heute finde ich ihn so vor! Glauben Sie nicht, daß die Sache für Sie damit abgeschlossen ist.“

Ich habe Herrn Dr. Thiele in der Nacht nicht mehr gesehen. Ich war entsetzt über den Anblick meines Mannes. Er hatte ein Tagelied an, das nachts lag, von oben bis unten aufgerissen, völlig beschmutzt auf dem Boden. Der Pfleger gab keine Auskunft, er wußte von nichts.

Auf meine Frage, warum mein Mann eigentlich in einem anderen Zimmer läge, sagte mir der Pfleger, daß man Schlafmittel gefunden hätte. Ich fragte sehr aufgeregt, wie denn mein Mann zu den Schlafmitteln käme, die müßte ihm doch der Arzt verschreiben haben? Darauf meinte der Pfleger, es könnte sie ihm auch jemand von draußen heringebracht haben. Ich erwiderte, außer mir ist doch niemand heringebracht worden.

Auf meine Frage, ob man diese Schlafmittel ohne ärztliches Rezept bekommen könnte, meinte der Pfleger: „Nein, aber wenn Sie Ihren Hausarzt darum bitten, wird er sie Ihnen gewiß verschreiben.“ Ich kannte bis dahin nicht einmal die Namen der Schlafmittel und habe in meinem Leben keine genommen. Ebenfalls hat mein Mann nie Schlafmittel nötig gehabt, er hatte einen ungewöhnlich guten Schlaf. Ich mußte aber auch nicht, daß mein Mann jemals im Bazarrett Schlafmittel bekommen hätte.

Ich bin bereit, unter Eid auszusagen, daß ich weder mittelbar noch unmittelbar Schlafmittel oder Narcotika ins Gefängnis oder Bazarrett gebracht habe. Mein Mann äußerte sich mir gegenüber niemals über seine Krankheit und ihre Behandlung.

Etwa Mitte März hatte ich, als mir der Zustand meines Mannes sehr ernst vorkam, eine Eingabe an den Herrn Justizminister gerichtet und diesen darin gebeten, doch dafür Sorge zu tragen, daß mein Mann in ein Krankenhaus übergeführt würde. Etwa vier Wochen später erhielt ich auf diese an den Justizminister gerichtete Bitte von dem Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Linde die Mitteilung, daß meiner Bitte nicht entsprochen werden könne, daß aber im Gefängnisbazarrett mein Mann die denkbar beste Pflege und ärztliche Behandlung hätte.

In meiner Verzweiflung ging ich dann am Mittwoch, den 15. April, nachmittags, in das Justizministerium, wofür ich mir von dem Referenten versprochen wurde, daß man wegen des Gesundheitszustandes meines Mannes sofort intervenieren wolle und daß man außerdem zu erreichen versuchen wolle, daß das Verfahren gegen meinen Mann möglichst unabhängig von dem Verfahren gegen die Barmats, also gesondert, beschleunigt durchgeführt werden solle.

Von seiner Schuldlosigkeit war er vollkommen überzeugt, sonst hätte er mir, die 16 Jahre lang Freund und Leid mit ihm geteilt hat, gewiß seine Schuld gestanden. Volles Vertrauen hatte er auch zu seinen Anwälten, die ihn auf Grund der genauen Kenntnis des Tatsachenmaterials immer wieder aufgerichtet haben. Mit ihnen teilte er den unerschütterlichen Glauben an seine Rechtfertigung gegenüber allen Angriffen. Selbstmordgedanken hat er mir gegenüber niemals geäußert. Im Gegenteil, als ich voller Verzweiflung über die fürchterlichen Angriffe gegen meinen Mann in den Zeitungen wenige Tage vor seiner Verhaftung einmal äußerte: „Wäre es nicht besser, wenn wir alle tot wären, da diese Söhne über uns kommit!“, sagte er entrüstet zu mir: „Das sagt eine christliche Frau!“

Bisher war mit der Vernehmung des Hauptverteidigers Höfle, Dr. Alsborg, begonnen worden. Der bekannte Verteidiger machte längere Ausführungen, die eine ganze Reihe von neuen schweren Anklagen gegen unsere Justiz enthielten. Er war zwar in seinen Darstellungen durch den grundsätzlichen Beschluß des Untersuchungsausschusses, die strafrechtliche Seite der Höfle-Barmat-Sache nicht zu berühren, stark besengt. Während Oberstaatsanwalt Linde daran festhielt, daß in der ganzen Barmat-Sache „scharf vorgegangen“ werden müsse und daher aus Höfle nicht aus der Haft entlassen werden dürfe, erklärte Dr. Alsborg mit allem Nachdruck, daß er von der Unschuld seines Mandanten völlig überzeugt gewesen sei.

Die Anklage erblickte die passive Bestechung nicht etwa darin, daß er bei dem Empfang eines Darlehens von den Barmats für den Bau seines Hauses an die Möglichkeit der viel später erfolgten Bereitstellung von Postkrediten an den Barmat-Konzern gedacht hätte, sondern darin, daß er durch das empfangene Darlehen gewissermaßen später Barmat verpflichtet gewesen sei. Eine nach Rechtsanwaltschaft Alsborg absolut unmögliche Konstruktion.

Aber auch andere Mitteilungen Alsborgs erregten lebhaftes Aufsehen, z. B. seine präzise dokumentierte Feststellung, daß die Strafkammer die sehr eingehende Haftbeschwerde, die die Verteidiger ausgearbeitet eingereicht hatten, in einem so kurzen Zeitraum ablehnend beschied, daß sie unmöglich Gegenstand einer auch nur oberflächlichen Prüfung gewesen sein kann: um 12 Uhr vormittags hatte sie der zuständige Referent der Strafkammer noch nicht einmal in Händen, um 1/2 Uhr nachmittags war sie bereits ablehnend entschieden worden, obwohl sich die Strafkammer in dieser kurzen Zwischenzeit mit Duzenden von anderen Fällen befassen mußte!

Auf die sehr ausführlichen und schwerwiegenden Rechtsgründe der Haftbeschwerde ging das ablehnende Urteil des Kammergerichts in keiner Weise ein!

Auch Dr. Alsborg erklärte auf Grund seiner eigenen Wahrnehmungen, daß er einen Selbstmord Höfles für psychologisch ausgeschlossen halte und betonte dabei, daß er sich beruflich gerade mit der Psychologie des Selbstmordes sehr eingehend befaßt hätte, daß er aber im Falle Höfle nicht den geringsten Anhaltspunkt für das Vorliegen einer Selbsttötung finden könne. Schließlich wendete sich der Zeuge sehr scharf gegen den berüchtigten Erlaß des Wohlfahrtsministeriums bzw. des Justizministeriums an die Gerichtsärzte und erklärte es für unverständlich, wie man als Jurist einen solchen Erlaß gutheißen könne. Der Vertreter des Justizministeriums, Ministerialdirektor Huber, hatte noch am Schluß der gestrigen Sitzung diesen Erlaß juristisch begründet und gerechtfertigt.

Nach einer kurzen Pause wurde wieder in das Zeugenerhör Dr. Alsborgs eingetreten. Auch dieser Teil der Vernehmung ergab wichtige neue Einzelheiten. Es ging daraus u. a. hervor, daß Höfle von den Behörden mit einer Rücksichtslosigkeit behandelt wurde, die für die Barmat-Affäre beispielhaft ist. So war der Arrestbefehl in Höhe von mehr als 60 000 M., bei dem Kosten entstanden sind von über 2700 M. — jene Kosten, die Frau Höfle nach dem Tode ihres Mannes sofort aufzubringen hatte — nicht nur etwas ganz Außergewöhnliches, was man nur gegen ganz schlimme Verbrecher unternimmt, sondern auch gegenüber einem Untersuchungsgefangenen nach der juristischen Überzeugung des Zeugen Alsborg etwas Ungeheures.

Genosse Heilmann brachte bei dieser Gelegenheit ein Schreiben des Reichspostministers vom 25. März an den im Untersuchungsgefängnis sitzenden Dr. Höfle zur Verlesung, in dem eine Nachforderung in Höhe von 35,20 M. wegen zu hoher Heizungskosten in seiner Dienstwohnung (!) im letzten Monat seiner Ministerzeit erhoben wird, und zwar im Wege der Abschätzung in der gegen ihn ausgesprochenen Schadenersatzforderung!

Die große Enttäuschung.

Der Aufwertungsloshandel auf Kosten der Verarmten. Von Wilhelm Reil.

Das Aufwertungskompromiß, das die Vertreter der Regierungsparteien, geführt vom Reichsanzler Dr. Luder, unter sich abgeschlossen haben, wird am wirksamsten charakterisiert durch die Tatsache, daß im Augenblick seines Bekanntwerdens die beiden deutschnationalen Abgeordneten, die bisher als ehrliche Vertreter der berechtigten Forderungen der Sparer galten, aus der Front der Kämpfer entfernt worden sind. Die Abgeordneten Dr. Best und Dr. Steiniger, die den Deutschnationalen bei den letzten Reichstagswahlen die Gläubiger und Sparer zugetrieben haben, konnten es mit ihren Anschauungen nicht vereinbaren, auf den Boden des Kompromisses zu treten. Dr. Best hat es aus guten Gründen abgelehnt, seinen Platz im Aufwertungsausschuss freiwillig zu räumen. Nicht er hat seine Anschauungen geändert, sondern die Partei, die mit ihm ihre Wahlgewinnspiele betrieb, hat an ihren heiligen Versprechungen Verrat geübt.

Die deutschnationale Fraktion ist aber vor dem letzten Gewaltmittel nicht zurückgeschreckt. Sie hat Herrn Best ohne sein Einverständnis durch einen anderen Vertreter im Ausschuss ersetzt. Darauf hat Herr Best den einzig möglichen Einspruch gefaßt, aus der deutschnationalen Fraktion auszutreten. Er dürfte trotzdem Mitglied des Ausschusses bleiben und bei den weiteren Beratungen seinen bisherigen Parteifreunden noch manche bittere Wahrheit sagen.

Das Verfahren der deutschnationalen Fraktion mit dem alten Parteimann Dr. Steiniger scheint sich in etwas höflicheren Formen abgepielt zu haben. Aber auch ihm, dem vor Jahresfrist gerade in Rücksicht auf seinen persönlichen Standpunkt in der Aufwertungsfrage von seiner Fraktion die Führung im Aufwertungsausschuss übertragen wurde, hat man die Verpflichtung angelassen, bedingungslos den Kompromißanträgen im Ausschuss zuzustimmen. Da Dr. Steiniger diese Verpflichtung nicht eingehen wollte, hat er den Vorsitz und die Mitgliedschaft im Ausschuss niedergelegt. Er bleibt aber Fraktionsmitglied, trotzdem er auch in einer öffentlichen Erklärung die Stellungnahme seiner Fraktionsgenossen, die nicht „zu den Männern zählen, deren Wort gilt“, scharf verurteilt. Die Wege des Herrn Steiniger sind zweifellos verlockend.

Welche Folgen sich aus dem Fall Best weiter ergeben werden, ist abzuwarten. Die deutschnationalen Führer haben nicht nur die Wahlagitation in den Kreisen der Gläubiger und Sparer unter Berufung auf den Namen Best, der auf ihrer Reichsliste stand, betrieben, sondern auch den Aufwertungsorganisationen schriftliche Zusagen im Sinne der Besessenen Vorschläge gemacht. Vermutlich liegt in dieser Tatsache der Grund dafür, daß die Deutschnationalen auf den Versuch verzichteten, Herrn Best zur Niederlegung seines Mandats zu zwingen. Denn sie sicher machen würden, wenn sie ein reines Gewissen hätten. In dem Konflikt zwischen Best und den Deutschnationalen haben nun die Aufwertungsverbände, die von den deutschnationalen Wahlmachern gründlich hereingelegt worden sind, zunächst das Wort.

Das Aufwertungskompromiß bedeutet für die verarmten Opfer der Inflation die bitterste Enttäuschung. Für nicht wenige von ihnen wird das Wort des Zentrumsabgeordneten Dr. Scheiter sich bewahrheiten, daß das Kompromiß „ein Ende mit Schrecken“ darstellt. Es soll bei den privaten Schuldforderungen, mit denen wir uns zunächst befassen, bei der 25prozentigen Höchstaufwertung bleiben, die sich auch nach der Regierungsvorlage beim Wirksamwerden der Zuzugaufwertung ergibt. Nur bei der begrenzten Rückwirkung tritt insofern eine Verbesserung ein, als nicht der halbe, sondern der volle Aufwertungsatz gewährt werden soll. Alle die zahlreichen Fälle aber, in denen vor dem 15. Juni 1922, als die Mark schon fast auf ein Hundertstel ihres Goldwertes gesunken war, Schuldbeträge vom Gläubiger vorbehaltslos zurückgenommen wurden, bleiben unberücksichtigt. Mag der Schuldner aus der Geldentwertung Millionen gewonnen haben, mag der Gläubiger aus der Wohlhabenheit ins Hungerleben hinuntergestoßen worden sein, es bleibt bei der Rückzahlung in entwerteter Papiermark. Der Schuldner, der seine Schuld noch nicht oder erst nach dem 15. Juni 1922 zurückbezahlt hat, kann die Herabsetzung des Aufwertungsbetrages auf weniger als 25 Proz. verlangen, wenn dies mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage zur Abwendung einer groben Unbilligkeit geboten erscheint. Dem Gläubiger steht ein gleiches Recht zu. Er hat sich auch dann mit 25 Proz. abzufinden, wenn die Streichung der restlichen 75 Proz. mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage die größte Unbilligkeit bedeutet. Dabei muß man beachten, daß es sich bei der Hypothekenaufwertung nicht lediglich um Hypotheken auf Wohngebäude, sondern in großem Umfang um solche auf landwirtschaftliche Grundstücke handelt. Die Fälle sind nicht selten, in denen ein Rittergutsbesitzer eine Hypothek im Betrage von Hunderttausenden noch schuldet oder in den letzten Jahren mit Papiergeld zurückgezahlt hat. Der Schuldner bleibt im unbeschränkten Besitz seiner Sachwerte, sein Vermögen vermehrt sich um die Hunderttausende, die sein Gläubiger verliert. Der Gläubiger gerät in bitterste Not, der Schuldner lebt herrlich und in Frieden!

Nicht minder kräftig sind die ungezählten Fälle, in denen die leistungsfähigsten Industrieunternehmen ihre Obligationen gläubiger mit Prozentsätzen abfinden, während die Aktionäre im Vollbesitz ihrer Aktien verbleiben und reiche Dividenden einheimen. Womit will man es rechtfertigen, daß der Aktionär eines Unternehmens, das seine Aktien mit 1:1 umgewandelt hat, 10 oder mehr Prozent Zinsen seines vollen Goldmarktkapitals bezieht, daß dagegen der Obligationär mit 4 Proz. seines auf 15 Proz. ermäßigten Goldmarktkapitals und der unsicheren Aussicht auf einen bescheidenen Genußscheinbezug für weitere 10 Proz. seines Guthabens abgespeist wird.

Das schärfste Schlaglicht werfen die Zins- und Rückzahlungsvorschriften auf das Kompromiß. Es soll dabei bleiben, daß der Gläubiger im Jahre 1924 mit 4 Proz. Zinsen für seine auf ein Viertel herabgesetzte Forderung abgespeist wird und vom 1. Januar 1926 ab mehr als 5 Proz. in keinem Falle erreichen kann, obgleich derjenige, der sein Vermögen in Goldmark gereicht hat, heute mindestens 10 Proz. des ungekürzten Kapitals beansprucht. Es soll auch dabei bleiben, daß die Rückzahlung des aufgewerteten Betrages vor dem 1. Januar 1932 nicht verlangt werden kann. Bis dahin soll sich der Gläubiger mit dem unverhältnismäßig niedrigen Zinsbetrag begnügen. Das alles im Interesse der „Wirtschaft“, zu deutsch: des Großkapitals! Es ist nicht wahr, daß die Wirtschaft allgemein außerstande wäre, vor dem 1. Januar 1932 die bescheidenen Aufwertungsbeiträge bereitzustellen. Es ist leicht möglich, Vorschriften über die stufenweise Rückzahlung des Kapitals an früheren Terminen zu treffen, womit wenigstens den Gläubigern der gerechteste Rest ihrer Vermögen zur freien Verfügung gestellt wird.

An die Sparflossengläubiger, an die Gläubiger der Versicherungsgesellschaften und an viele andere wichtige Fragen des Aufwertungsproblems haben die Kompromißler überhaupt nicht gedacht. Die kleinen und kleinsten Sparer, deren Einlagen bei den Sparkassen vernichtet worden sind, sollen bis zum Rimmerleinstag warten auf die Rückzahlung der Beihilfensumme, die ihnen nach der Regierungsvorlage in fernster Aussicht stehen. Gerade hier wird der Hebel nach sehr kräftig anzulegen sein. Daß es Mittel und Wege gibt, die Ansprüche der Sparflosseneinleger in weit höherem Grade zu berücksichtigen, ist im Ausschuss von unserer Seite bereits dargelegt worden.

Die Kompromißvorschlüsse für die Ablösung der Anleihen des Reichs, der Länder und Gemeinden müssen einer besonderen Besprechung vorbehalten bleiben. Dabei wird sich zeigen, daß die großen Verbesserungen, die die Kompromißler „errungen“ zu haben glauben, sich vielfach in blauen Dunst auflösen.

## Die Brotwucherpläne der Rechtsregierung.

Das Echo in der Presse.

Die drohende Verteuerung des Brots durch die Schutzpläne der Regierung hat bisher nur einen Teil der Berliner Presse aus seiner Ruhe aufgeschreckt. „Morgenpost“ und „Bolschische Zeitung“ finden kräftige Töne. Die letztere schreibt:

Der Plan übertrifft die ungünstigen Erwartungen, die man nach den Ankündigungen des Reichswirtschaftsministers Neuhaus schon seit geraumer Zeit haben konnte. ... Intensivierung der deutschen Wirtschaft ist die Forderung des Tages. Sollte man wirklich glauben, daß mit festen Minimalpreisen von ansehnlicher Höhe für Getreide eine Basis zur Erreichung dieser Ziele geschaffen wird? Sollte die Rückkehr der alten Eisenzölle, der Halb- und Fertigfabrikatindustrie den Boden ebenen können für verstärkte, verbilligte Produktion, die absehbar ist? Es kann nicht zweifelhaft sein, daß die mitgeteilten Absichten der Rechtsregierung diesen Zielen abträglich sind. Man scheint im Wirtschaftsministerium die Aufgaben der Wirtschaft von einem anderen Standpunkte anzusehen, der durch die Tagesinteressen der Großlandwirtschaft und der Schwerindustrie stark mitbestimmt ist.

## Das Fräulein und Hölderlin.

Vor wenigen Jahren erst sind die Briefe an den Tag gekommen, die Hölderlin von seiner Diotima empfing. Schreiberin jener Briefe war jene Frankfurter Kaufmannsgattin Frau Gonard gewesen, die, beschwert durch einen ältlichen und griesgrämigen Gatten und auch eingengt durch eine Hude nicht leicht zu erziehender Kinder, mit ihrem Hausherrn, eben dem jungen Dichter Hölderlin, in Beziehungen trat. Wie weit diese Beziehungen nach dem Geheiß des Staatsanwalts unerlaubt gewesen sind, wissen wir nicht. Wir wissen nur, daß der unglückliche Dichter diese Frau anbetend liebte. Als er ihr fernbleiben mußte, marschierte er trotzdem tagtäglich aus seiner homburger Verbannung nach Frankfurt, um für die Götin bei einer geheimen Gartenpartie einen Brief niederzulegen. Wir können heute nur die Antworten der Frau auf diese Episteln der Verzweiflung lesen. Diotima war durchaus nicht würdig der Verhimmelung des Troubadours, der wie zu einer Kirchenwallfahrt alltäglich zu ihr pilgerte. Aber sie war eine Frau. Sie mischt die Töne und die Worte, die Unsterblichkeit und die zerrissenen Schuße des Dichters in einem fast tragisch wirkenden Worteschwall durcheinander. Ihr leuchtet wohl auf, daß ein überirdisches Wesen ihrem Gefühl nahe möchte, aber die Eileuchtung ist nicht so stark, daß sie ihr Schamhaftigkeit einflöße, weil sie durch derartiges Vermengen des Subtilen mit dem Banalen ein Sakrileg an dem edelsten Manne des deutschen Barockes begeht.

Hölderlin ist immer noch das Sellene und unsäglich rein Gesagte. Er ist immer noch der wunderbare Mann, der außerhalb jeder überlieferten Literaturübung steht. Er ist die klarste Quelle der prophetischen Poesie. Selbst dann, wenn er von sehr irdischen Dingen berichtet, etwa vom abendlichen Anschließ der Handwerksarbeit oder von der Freude der Mutter, die ihren Säugling läßt, selbst in seinen Schilderungen des Kleinsten und Bescheidensten bleibt er der prophetische Sänger. Kein Wort klingt abgebraucht. Er erschafft immer wieder die Welt, weil er die Worte unabhängig von jedem schon gewordenen Worte erschafft. Wegen solcher Originalität ist er stets sehr männlich. Er ist nicht zu vergleichen mit einem bequemen Lyriker, der seine Nebenmenschen durch heitere oder ernste Lebensbilder erquidet. Er bleibt stets fernwärts des Lebens, das gern in Philistertum hineingelieft. Dann sogar, als der Bohnsinn ihn schon heimlich suchte, meistert er noch das Heiligum der deutschen Sprache. Keiner hat so vollendet wie der wahnwitzige Hölderlin die griechische Dichtung des Altertums nachgesprochen.

Versucht man heute, wie Wilma Röndelberg es tat, Hölderlinsche Verse nachzubilden, dann müßte ein prophetischer Redner dem prophetischen Dichter folgen. Eine Frau wird wohl niemals so sehr losgelöst werden können von dem Irdischen der Rede, daß sie diese höchste Forderung erfüllt. Der Enthusiasmus der Frau neigt dazu, manches Väterliche und manches Priesterliche in Hölderlin, auch manches Wäde- und Verführerische, das er sagt, allzu hurtig auf-

## Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt:

Nachdem die Rechtsparteien in der Aufwertungsfrage ihre weitgehenden Wahlversprechungen in der letzten abgelaufenen Kompromißverhandlung haben, enthält sich ihre ausgesprochene Interessenpolitik von neuem in der Schutzplänevorlage. Eine eingehende Kritik des Entwurfs behalten wir uns vor, wenn er in seinem Wortlaut und in seiner Begründung vorliegen wird. Nur soviel möchten wir heute schon bemerken, daß die Schutzpläneforderungen der Großagrarier und der Schwerindustrie im Reichstage und in der öffentlichen Meinung eine noch unabsehbare Diskussion hervorrufen werden.

Die der Volkspartei nahestehende „Tägliche Rundschau“ sagt zwar nichts über die Schutzpläne, bringt aber einen Leitartikel unter der Ueberschrift: „Es darf nicht teurer werden!“ Darin heißt es:

Eine neue Verteuerung der Lebenshaltungskosten hat begonnen! Ueber ihre Ursachen soll hier nicht gesprochen werden. Es gibt echte, wie Steuerbelastung als Folge des Verschollens der Verträge, Verteuerung der Rohstoffe, hohe Verzinsung der im Auslande aufgenommenen Gelder, Verzinsung des zur Modernisierung der Betriebe notwendigen neuen Kapitals und die Weltkrise. Es gibt aber auch falsche, wie nachteilige Interessenpolitik in einer früher nicht gefassten Rohstoff-Beibehaltung des in der Inflationszeit entstandenen Grundlages, kleiner Umsatz, großer Ruhen, Organisationsfehler der öffentlichen und privaten Wirtschaft und vor allen Dingen eine rücksichtslose Ausnutzung der durch die Inflation geschwächten Stellung des Verbrauchers gegenüber den immer noch unerschütterten Organisationen der Erzeuger und Verteiler.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ glaubt auf seine Leser, die doch alle durch die Lebensmittelveuerung hart getroffen werden, nicht einmal soviel Rücksicht nehmen zu müssen. Die übrige Reichspresse — abgesehen von der landblinderischen „Deutschen Tageszeitung“, die Morgenluft wittert — hält sich vorläufig noch in Schweigen.

Die „Rote Fahne“ sorgt, wie gewöhnlich, für den Humor. Die Warnung der Öffentlichkeit durch den „Vorwärts“ ist ihr fatal. Selbst der „Vorwärts“, schreibt sie, „muß mitteilen, daß...“ usw. Im übrigen geht sie auseinander, daß die verrückte SPD. an dem drohenden Brotwucher schuld hat. Spaß muß sein! Oder ist die Zeit für solche Hanswurstereien doch vorüber?

## Die Reichsregierung dementiert.

Erste Wirkung des Kampfs gegen die Zölle.

Von zuständiger amtlicher Stelle wird heute mittag erklärt, daß die Kritik eines Teils der Morgenblätter gegen die Zollvorlage sehr verfrüht sei. Die Zollvorlage sei noch nicht endgültig fertiggestellt. Es sei damit zu rechnen, daß sie am Dienstag dem Reichsrat zugehe und gleichzeitig auch der Öffentlichkeit unterbreitet werde. Die Mitteilungen, die über den Inhalt der Zollvorlage in der Presse erschienen sind, gäben ein durchaus falsches Bild. Die richtige Beurteilung der ganzen Vorlage sei nur möglich, wenn man sie in vollem Wortlaut einschließlich der Begründung kenne. Die Vorlage sei aber in ihren Einzelheiten noch niemandem außerhalb der Regierung bekannt, zumal sie noch nicht endgültig fertiggestellt sei.

## Der mißbrauchte Hindenburg.

Volksparteiliche Verwahrung gegen Deutschnationale.

Die „Zeit“, das Blatt der Volkspartei und Stresemanns, veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Mißbrauch der Hindenburg-Rundgebungen“ an hervorragender Stelle folgendes Telegramm aus München:

Es muß leider festgestellt werden, daß bei den Feiern, die aus Anlaß des Amtsantritts Hindenburgs in Bayern veranstaltet worden sind, nicht immer die selbstverständliche und vor allem von Hindenburg selbst mehrfach vorgezeichnete Linie der nationalen Solidarität eingehalten wurde. Insbesondere wurden bisweilen von den Deutschnationalen und den Vater-

ländischen Verbänden Bayerns diese Feiern dazu benutzt, um gegen die Politik der Reichsregierung, mit der Hindenburg sich doch ausdrücklich identifiziert hat, Stimmung zu machen. Die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Lindau, ging dabei sogar so weit, bei einer Hindenburg-Feier eine Entschließung gegen die Haltung der Reichsregierung in der Frage des Sicherheitspaktens und des Eintritts in den Völkerbund zu beantragen und sie der Reichsregierung telegraphisch mitzuteilen. So treibt man im Zeichen Hindenburgs — Obstruktion gegen die Männer an der Spitze des Reiches, die das Vertrauen Hindenburgs haben!

Inzwischen rückt das Unheil näher. Auch der „Geist von Potsdam“ rebelliert gegen Stresemann. Der dortige Kreisverein der Deutschnationalen hat einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

Der Kreisverein legt Verwahrung ein gegen eine auswärtige Politik, in der die Regierung — wie im August 1924 — ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften Bindungen eingeht, deren Auswirkungen unabsehbar sind. Der Kreisverein fordert: Kein Eintritt in den Völkerbund, kein Verzicht auf deutsches Land, endlich Einlösung der am 29. August 1924 freiwillig gegebenen Zusage amtlicher Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage.

Unter solchen Umständen darf man auf die Reichstagsdebatte über die Außenpolitik, die am Montag mit einer Rede Stresemanns beginnen soll, gespannt sein.

## Achtzigtausend Bolschewisten!

Aus dem Untersuchungsausschuss des Reichstags.

Einen glänzenden Einblick hat es in der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Kreditangelegenheiten gegeben. Mit großer Schaulust war das Reich ausgenutzt worden, um darin die Sozialdemokraten zu fangen. Und siehe da, als man es wieder herauszog, zappeln 80000 Bolschewisten darin, von dem Bolschewisten Barmat gar nicht zu reden. Das alles aber kam so:

Der Zeuge Vint, der im Jahre 1919 für das Reich in Holland tätig war, sollte über seine Erfahrungen mit Barmat berichten, und nun kamen schreckliche Dinge ans Licht: 1. Einer der Brüder Barmat hat dem Zeugen gesagt, der Reichspräsident fruchtlos gewohnheitsgemäß mit Julius Barmat, die beiden ständen auf dem Duz-Suße. Eines Tages, so nach Tisch, bei einer guten Zigarre, habe Ebert zu seinem Bruder gemeint: „Du, wir machen viel Lebensmittelfachäfte mit Holland, da kannst du dich auch beteiligen.“ Da habe der Bruder diese Gefährte eben auch noch mitgenommen. 2. Barmat seien deswegen höhere Preise bewilligt worden, weil er 5 Proz. an die Sozialdemokraten abgeben mußte. 3. Barmat selbst sei als Bolschewist, zumal er aus Lodz stammt, wohl bekannt gewesen, habe er doch 80000 Bolschewisten nach England geschickt.

Bei der Ebergeschichte und bei den sozialdemokratischen 5 Proz. glänzten die Gesichter des Kommunisten Rosenberg und seiner Freunde von der Deutschnationalen Fraktion. Aber bei den 80000 Bolschewisten wurden dieselben Gesichter lang und länger: sollte etwa noch herauskommen, daß Barmat nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern sogar mit ganz Sowjetrußland verhandelt und verschwägert ist? Sollte schließlich noch die SPD. als die eigentliche Barmatpartei entlarvt werden? Aber bald nahte die Erklärung. Der Zeuge mußte angeben, daß er alle diese Dinge, also die Eberbrüdergeschichte, die sozialdemokratischen 5 Prozent mitsamt den 80000 Bolschewisten nur vom Hörsaalgenüsse. Soweit es sich um greifbare Dinge handelte, wie um die Abnahme der von Barmat zu liefernden Waren, sei alles in Ordnung gewesen.

Danach beschäftigte sich der Ausschuss noch geraume Zeit mit dem berühmten Büchsenmischgeschäft. Wenn wir uns recht erinnern, hat der Ausschuss die Aufgabe, einmalige Beziehungen zwischen Barmat und einflussreichen politischen Persönlichkeiten festzustellen. Ob Barmat das Reich in einem Einzelfalle habe betrogen wollen, mag für den Staatsanwalt von Interesse sein; was aber haben die Herren vom Untersuchungsausschuss damit zu tun? Aus den Aussagen des heute vernommenen Zeugen Thieme, damals

zufassen, wie etwa eine Litanei zur Förderung der häuslichen Bequemlichkeiten. Jede rebende Andeutung Hölderlins wird vielleicht jener Untugend verfallen, der auch Diotima verfiel, als sie das wehewolle Wesen Hölderlins nicht gemessenhaft genug von seinem wochenwöchentlichen Dasein trennte. Fräulein Röndelberg wollte die Freunde der Volkspartei zu Hölderlin führen. Sie tat es hingebend und wiegte sich mit gefühlvoller Stimme auf tollbaren Rhythmen. Wenn sie nicht vollkommen das Heiligum dieser Dichtung erfaßte, so darf sie nicht getadelt werden. Vielleicht ist eine Frau überhaupt nicht imstande, diese köstliche, diese unerschöpflich köstliche und ganz ursprünglich geborene Wortkunst zu gestalten. Max Hochdorf.

## Psoropsversuche bei Tieren.

Die Steinachischen Verjüngungsversuche haben die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Leberpflanzung von Drüsen gelenkt, und ein erfolgreicher Nebenbuhler ist Steinach in dem in Frankreich naturalisierten Russen Sergei Boronoff erstanden, dessen „Verjüngungen“ großes Aufsehen erregten und zu dessen bekanntesten Klienten Clemenceau und Lord George zählen. Die Versuche bei Menschen sind aber nicht die einzigen und nicht einmal die hauptsächlichsten. Die Leberpflanzungen von Geschlechtsdrüsen, die er bei einzelnen vorgenommen hat, haben schon nach zwei bis drei Monaten eine erlaunliche Wirkung. Aber bevor diese Segnungen der ganzen Menschheit zunutze gemacht werden können, müssen erst Tierversuche im großen angestellt werden, die Boronoff mit stichlichem Erfolge durchgeführt und über die Dr. Loeser in der „Anschau“ berichtet.

Der Gelehrte hat Psoropsversuche in erster Linie bei Schafen, aber auch bei Pferden, Rindern, Ziegen, Schweinen und anderen Haustieren angestellt. Das erste wichtigste Untersuchungsergebnis war, daß die Leberpflanzung einer überzähligen Geschlechtsdrüse bei jungen Schafböden zur Entwicklung eines ungewöhnlich starken und langen Wollkleides führte. Durch seine Psoropsversuche konnte Boronoff auch das Leben der Schafböde verlängern. Einem zwölfjährigen Schafbock, der so schwach war, daß er den Kopf nicht mehr aufrecht tragen konnte und nur stolpernd ging, wurde ein Hoden eines zweijährigen Schafbocks eingepflanzt. Drei Monate später war der altersschwache Bod wieder ganz jugendlich und zeugungsfähig. Nun entfernte Boronoff die Drüse, die die Verjüngung verursacht hatte, und der Bod war nach drei Monaten so altersschwach wie vor der Verjüngung. Eine neue Hodenüberpflanzung schenkte ihm eine dritte Jugend, und sein Leben ist nun schon um 6 Jahre verlängert; während er vor dem Psoropsversuch zur Schur vollkommen unbrauchbar war, liefert er jetzt jährlich eine reichliche Menge Wolle. Boronoff glaubt nun, daß durch eine über mehrere Generationen sich erhaltende Hodenpflanzung bessere Rassen erzielt werden können, die reichlichere Wolle liefern können. Da in den Ländern, die die Hauptwollproduzenten sind, etwa 150 Millionen Schafe jährlich geschoren werden, so wäre der wirtschaftliche Nutzen ein ungeheurer. Eine solche Veredelung läßt sich aber nicht so einfach durchführen wie das Psorops bei Pflanzen. Es müssen erst Versuche im großen unternommen werden, und dies geschieht jetzt bei einer Rasterkapherde in Südargentin, zu deren Zucht nur

Böde verwendet werden, bei denen Hodentransplantationen eine viel stärkere und längere Wolle ergeben haben. Durch genaue Beobachtungen, Messungen und Wägungen sucht man festzustellen, ob sich die durch die Pflanzung erworbenen Eigenschaften auf die Nachkommen vererben. Ähnliche Versuchsanstalten sollen in Tunis, Marokko und Zentralafrika eingerichtet werden.

Die große Berliner Kunstausstellung. Die großen Ausstellungen folgen sich auf dem Fuße. Kaum war die der Akademie eröffnet, so folgte am Samstag, den 16. Mai, die „Große Berliner“ am Lehrter Bahnhof. Diesmal ist sie nicht so umfangreich und er-mottend wie sonst: noch nicht 1200 Nummern einschließlich der Skulpturen und der Kabinette mit Zeichnungen, und einschließlich eines kleinen Duzend von geschlossenen Gesamtausstellungen Einzelner, in 25 Sälen insgesamt. In diese wird außerdem noch durch die Ausstattung ein sehr angenehmes empfundener Rhythmus gebracht: Die Hauptsäle, Kreuzungspunkte auf weite Sicht, sind leuchtend rot gestrichen, alle übrigen gleichmäßig grau; ein Merkzeichen nicht nur zur Orientierung, sondern auch eine künstlerisch noble Idee. Der Gesamteindruck ist dazu, dank niedrig gespannter weißer Stoffdecken, ein ruhiger und gleichmäßiger. Und beinahe auch im Rokokostil nähert sich Mozart von weitem dem Pariser Platz ein bißchen: es lehnt sich diesmal, aus dem hitzigen Treiben der „Map“ in die Nähe der großen Säle zu treten und etwas von dem zu nippen, was man mit einigen Klavieren heutige Malerei nennen kann.

Daß es sich lohnt, liegt vorzugsweise an den meist in kleinen Bogen untergebrachten Sonderattraktionen. Da ist im großen Ehrensaal E. v. Gebhardt eine Gedächtnisfeier gewidmet. Da erleben wir ein Wagner-Wotan-befestenes Lichtkabinett von R. Gühr. Da gibt es Kollektionen von Drick, Heilemann, Wolfsfeld, Buhle, Schuster-Woldan, Heichert und anderen, die Ruhepunkte fürs Auge bedeuten.

Eine genauere Uebersicht wird in nächster Woche folgen.

Dr. Paul F. Schmidt.

Das internationale Musikfest in Prag wurde Freitag durch das erste Orchesterkonzert der Internationalen Musikgesellschaft eingeleitet. An der Spitze des Programms stand die Sarabande von Busoni als Ehrung für den verstorbenen Meister. Das Konzert-erchester der tschechoslowakischen Philharmonie dirigierten Volkmar Andree, Erich Kleiber und Alfred Casella. Das symphonische Gedicht „Der Dämon“ des Tschechen Karel und das „Concerto grosso“ des Deutschen Raminoff erzielten den stärksten Erfolg. Anwesend sind Musiker und Berichterstatter aus ganz Europa. Insbesondere sind Deutschland und Oesterreich stark vertreten.

Erkauflösungen der Woche. Dienst. Deutsch. Th.: „Dr. Knod-Mittw. Schloßpark: „Wie ich noch im Hügelland.“ Doan-Rennf. Th.: „Die Starbhauskomödie.“ Freil. Goethebühne: „Das Fräulein du Portall.“

Urania-Vorträge. Tagl. 5, 7, 9: „Die Wunder des Meeres.“ Tagl. 6: „Das tausendjährige Reich.“ Freil. u. Sonnab.: Prof. Goetz: „Die Einweihung des Deutschen Museums in München.“ — Hörtal: Siehe Musikführer.

Ungestörter der Reichsjustizstelle, ergab sich, daß die Vermittlung bei der Abwicklung des Mißgeschäfts bei dieser Behörde entstanden ist. Hier ist die famose Klausel „enthalten 16 Unzen brutto“ entstanden, sogar noch mit juristischer Beihilfe und die nachträgliche Behauptung, daß Bar mat daraus einen Vorteil für sich habe ziehen wollen, sieht einem Re n w a l d u n g s v e r s u c h der verantwortlichen Personen verdammt ähnlich. Im übrigen, wenn hier ein Betrugsversuch Bar mats vorliegt, so hätten sich die Herren um Kaufmann den selten Happen sicher nicht entgehen lassen. Herr Rosenberg machte noch einmal den Versuch, eine Verbindung zwischen dem Mißgeschäfts und politischen Persönlichkeiten festzustellen. Leider mußte der Zeuge auslegen, daß ihm davon nicht das mindeste bekannt sei.

Der Ausschuss vertagte sich schließlich. Es soll aber noch einmal das Thema „Reichsjustizstelle“ an einem noch zu bestimmenden Termin behandelt werden.

## Der geschwähige Wilhelm. Und die Arbeit seines Kanzlers.

Professor Wendelsohn Bartholdy veröffentlichte soeben in den „Europäischen Gesprächen“ einen Brief des Fürsten Bülow an seinen Nachfolger Bethmann Hollweg vom 28. September 1909 („Große Politik“, Bd. 24, Nr. 8271). Bülow wandte sich gegen die Behauptungen der Presse, er habe den Inhalt des verhängten „Daily-Telegraph“-Artikels vorher gekannt und sei mit den Äußerungen des Kaisers einverstanden gewesen.

„Ich habe Seine Majestät während meiner Amtszeit stets eindringlich um Vorsicht und Zurückhaltung in politischen Gesprächen gebeten. Ich habe einen großen Teil meiner Zeit und Arbeitskraft darauf verwenden müssen, die stattgefundenen Entlassungen und Indispositionen wieder gutzumachen. Ich habe Seine Majestät speziell gebeten, den Engländern kein Wort zu sagen, das Russen und Franzosen, Japaner und Amerikaner nicht wieder erfahren könnten. Ich wäre mir natürlich nicht einen Augenblick im Zweifel darüber gewesen, daß eine so drastische Anschuldigung der Russen und Franzosen bei den Engländern (wie sie in dem „Daily-Telegraph“-Artikel wiedergegeben war — Red.) von letzteren nur als ein Versuch aufgefaßt werden würde, die von ihnen angebahnte Annäherung an jene Länder zu durchkreuzen und daß damit das gerade Gegenteil der gewünschten Wirkung erzielt werden müßte. . . .“

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet, Seine Majestät der Kaiser habe gelegentlich Briefe von mir, in denen ich meinem Eindrucksausdruck gegeben hätte, „einem Politiker“ gezeigt. Man zeige mir diese Briefe. Sie existieren ebensowenig wie der fragliche Politiker. Ich habe die in Rede stehenden Äußerungen Seiner Majestät vorher ebenso wenig gekannt, wie ich vorher etwas wußte von dem Brief an Lord Tweedmouth, von der Verwahrung gegen die Kandidatur des amerikanischen Vizekonsuls Hill, von der Schweinmörder Depeche an den Prinzregent von Bayern, von dem Telegramm an den Fürsten von Lippe, von sehr vielen Reden, von der Huanterede des Sommers 1900 bis zur Schwarzjeherde im November 1906. . . .“

Der Brief leuchtet noch einmal grell in die unglaublichen Zustände, die sich unter der glorreichen Regierung des letzten deutschen Kaisers entwickelt hatten. Volkstommen überzeugt von seiner göttlichen Sendung und seiner Unfehlbarkeit, schwächte und telegraphierte der Bekrönte überall und nirgends darauf los, so daß der für die Politik verantwortliche Kanzler den größten Teil seiner Zeit darauf verwenden mußte, das Unheil wiedergutzumachen, was „Seine Majestät“ angerichtet hatte.

Das Selbstmitleid an den Dingen ist nur, daß es auch heute immer noch heute gibt, die sich einen Wilhelm zurücksehnen und glauben, dann „herrlichen Zeiten“ entgegengeführt zu werden.

## Die Einkommensteuer.

### Der Ausschuss schließt die Erörterung ab.

Der Steueraussschuß des Reichstages beschäftigte sich heute vormittag mit dem Tarif bei der Einkommensteuer und mit der grundsätzlichen Frage, ob für das Jahr 1924 eine nachträgliche Veranlagung durchgeführt werden solle.

Zum Tarif lagen 4 Anträge vor, ein Antrag der Kommunisten, der alle Einkommen über 1 Million konfiszieren will, ein Antrag der Sozialdemokraten, der die großen Einkommen stärker belastet als der Regierungsvorschlag und als Maximalfall 50 Proz. vorsieht, ein Antrag Beusch (Z.), der auch von den übrigen Regierungsparteien unterstützt wurde. Er ermäßigt den Tarif bei den Gruppen bis 25 000 M. und erhöht ihn bei den höheren Einkommen. Ein Antrag Fischer (Dem.) will im wesentlichen die Regierungsvorlage wiederherstellen mit einem Höchstsatz von 40 Proz. statt 33 Proz. Angenommen wird der Antrag Beusch.

Zum Ueberleitungsgehalt lag ein Antrag der Regierungsparteien vor, von einer allgemeinen Veranlagung für das Jahr 1924 abzugehen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen, nachdem ein Antrag Fischer (Dem.) abgelehnt war, der die Rückertung bei Verlust vorschlag.

## Der Kampf um die Grundschule. Ein Sieg der preussischen Regierung.

Im Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages hat gestern das Ministerium durch den Ministerialrat Raekner in vierstündigem wackeren Kampfe gegen die Rechtsparteien einen Sieg errufen.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei verlangten Abänderung der strenggesetzlichen Ausführungsbestimmungen des Ministeriums zu der Novelle des Grundschulgesetzes und wollten besonders die jetzt schon milderndlich in die Segen ausgenommenen Kinder in diesen Klassen belassen.

Mit 15 gegen 10 Stimmen stellte sich der Ausschuss auf Seite des Ministers, lehnte aber einen von Demokraten und Sozialdemokraten eingebrachten Antrag auf Einführung der achtjährigen Grundschule ab.

## Unter der Fuchtel Mussolinis.

### Ein neues Knebelgesetz gegen die Arbeiter.

Rom, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die italienische Kammer wird heute das Gesetz über die Unterdrückung geheimer Gesellschaften verabschieden. Das Gesetz bestimmt, daß alle Vereine ihre Mitglieder bei der Polizei namentlich anzumelden und den polizeilichen Vorschriften sofort Folge zu leisten haben. Das Gesetz soll natürlich in erster Linie die Gewerkschaften und schließlich auch die Freimaurer treffen. Man will vor allen Dingen die Arbeiterorganisationen unter Aufsicht der Polizei stellen. Die Maßnahmen der Regierung gehen so weit, daß selbst sozialistische Blätter gegen die Regierungsvorlage über die Einschränkung der Vereinsfreiheit Stellung nehmen.

Auch die Beratungen der Kammer über das Wahlrecht für die Frauen dürften heute beendet werden. Das Gesetz gibt gewissen Kategorien von Frauen beschränktes Wahlrecht. Die Annahme dieser einseitigen Gesetzesmaßnahme ist ebenfalls gesichert.

## Gegen den Anschluß Oesterreichs. Seltene Kritik in Pariser Blättern.

Paris, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Mehrere Morgenblätter veröffentlichten heute in großer Aufmachung eine römische Meldung, in der behauptet wird, daß Deutschland den Wünschen Frankreichs und der Kleinen Entente über die Einbeziehung der deutschen Ostgrenze in das Garantieangebot entsprechen wolle, wenn die Alliierten ihren Widerstand gegen die Angliederung Oesterreichs an Deutschland fallen lassen. Man sieht darin einen Versuchsbalkon, der aber insofern ernst genommen wird, als die Angaben der römischen Blätter bereits seit einiger Zeit in diplomatischen Kreisen kursieren.

Sowohl die Blätter zu der Kombination Stellung nehmen, geschieht das in scharf ablehnender Weise. Der „Zeit Parisien“ weist z. B. den angeblichen deutschen Vorschlag als eine Verletzung des Friedensvertrages von ungewöhnlicher Tragweite zurück. Deutschland würde durch die Angliederung Oesterreichs nicht nur den Verlust an Gebiet und Einwohnern, den es durch die Abtretung Elsaß-Lothringens, Pölnisch-Oberschlesiens und Bosens erlitten hat, voll wieder ausgleichen, sondern gleichzeitig seinen Traum nach Beherrschung Mittel- und Osteuropas verwirklicht sehen. Darüber hinaus gehe die deutsche Absicht offenbar dahin, die Alliierten zu spalten und die Annäherung zwischen der Tschchoslowakei und Polen zu hintertreiben. Mit diesen Absichten gebe man sich aber in Berlin wieder einmal gefährlichen Illusionen hin, denn weder die große noch die kleine Entente werde dem deutschösterreichischen Zusammenschluß zustimmen.

## Mazedonierverhaftungen in Belgrad. Attentatsfurcht der jugoslawischen Behörden.

Belgrad, 16. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit den Attentaten in Bulgarien wurden hier in den letzten Tagen insgesamt 25 Personen, in der Mehrzahl Mazedonier, verhaftet. Sie werden beschuldigt, im Solbe der Sowjetpropaganda zu stehen und den Auftrag zu haben, führende Regierungsmitglieder zu ermorden. Außerdem will die Polizei wissen, daß ein Teil der verhafteten Mazedonier beauftragt sei, das Ministerium des Äußeren, das Finanzministerium und die ehemals kaiserlich-russische Gesandtschaft in die Luft zu sprengen. Der Polizeipräsident hat deshalb eine strenge Bewachung dieser Gebäude angeordnet. Die Nervosität der Polizeibehörden ist so groß, daß bei Tag und bei Nacht in verdächtigen Häusern und Herbergen fortgesetzt Razzien veranstaltet werden.

## „Awa“.

Heute wurde in Potsdam auf dem Gelände der ehemaligen Zeppelinhalle die „Allgemeine Wassersport-Ausstellung“ (Awa) eröffnet. Lustig wehen rote, gelbe und blaue Wimpel und die Flagge der Stadt Potsdam, nur die Fahne der deutschen Republik ist — wie das natürlich der Potsdamer Tradition entspricht — nicht zu entdecken. Auch die auf den einzelnen Fahrzeugen der Aussteller gehenden Fahnen lassen die schwarzrotgoldene Ölsch vermischen. Vielleicht bestimmt sich die Ausstellungsleitung in den nächsten Tagen, welche Flagge Deutschland verfassungsmäßig führt. Auch im Hinblick darauf, daß man auch ausländischen Besuch erwartet.

In der Ausstellung selbst werden, wie es dem Stande der deutschen Industrie entspricht, technisch hervorragende Leistungen geboten. Schnittdiagramme, vom Jaktboot bis zum Seekreuzer, erfreuen das Auge jedes Wassersportmannes. Die Motorenindustrie ist in erster Linie durch Manbach und Daimler mit ausgezeichneten Schiff- und Flugzeugmotoren vertreten. Als Kuriositäten auf dieser Ausstellung mögen zwei turbrandenburgische Schiffsmodelle erwähnt werden, die von einem Postbeamten in der freien Zeit, die ihm der Beruf läßt, mit einer Präzision ausgeführt wurden, die die alten Modelle im Museum für Meereskunde in den Schatten stellt. Diese Modelle, die eine Größe von 1,30 x 0,45 Meter haben, sind zum Preise von 600 M. zu erwerben. Und im Hinblick auf die geleistete Arbeit — der Schiffbau hat acht Monate zur Fertigstellung gebraucht — nicht zu hoch. Ferner hat der Modellbaustand Berlin eine ganze Reihe von wunderbar gearbeiteten Modellbooten ausgestellt, mit denen im Rahmen der Ausstellung auch am 31. Mai um 3 Uhr nachmittags eine Regatta auf der Havel stattfinden wird. Außerdem interessiert ein Klepperboot, mit dem ein begeisterter Sportsmann die Donau hinunter über das Schwarze Meer bis nach Kairo gefahren ist. Selbstverständlich ist in der Ausstellung alles zu finden, was irgendwie zum Wassersport gehört: vom Rettungsring bis zum Beschlag der Boote, vom Wasserflugzeugmodell bis zum Fleißner-Motorboot.

Die Stadt Potsdam beabsichtigt, auf dem ehemaligen Flughafen ein Heimstätte für den Sport zu schaffen. Es ist u. a. die Errichtung eines Stadions geplant. Der Platz ist an sich wie geschaffen für sportliche Betätigung. Allerdings darf man nicht vergessen, daß alle diese Herrlichkeiten in Potsdam liegen, was das Bergnügen vielen dämpfen wird.

## Student und Politik.

Ueber dieses Thema sprach im Dorotheenstädtischen Gymnasium auf Veranlassung der „Vereinigung sozialdemokratischer Studenten“, deren Mitgliedzahl im Reich und auch in Berlin in letzter Zeit sehr gestiegen ist, der frühere Reichsminister Genosse Landsberg. Er behandelte ganz entschieden die Frage, ob der Student das Recht habe, Politik zu treiben und sprach in rhetorisch hervorragender Rede zu dem gestierenden und sich informierenden Teil seiner Zuhörer über Arbeit und Ziel: Demokratie, Einheitsstaat, Sozialismus. Die Unversität vermag an sich nur den Fachmann zu bilden, letzte ideale Entscheidung muß jeder persönlich fällen. Wie sehr Landsberg mit seinem Referat, dem sich eine lebhafteste Diskussion angeschlossen, durch seine Sachlichkeit warb, bewies die Zahl neuer Mitgliedsanmeldungen. Man hat in diesem Sommersemester erfreulicherweise noch viel vor, aber die sozialdemokratischen Studenten haben zum Arbeiten, Diskutieren usw. leider kein geeignetes Heim.

## Gegen die Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals

haben sich schon zahlreiche prominente Personen und Behörden ausgesprochen, darunter Prof. Hansen und andere hervorragende Städtebauer. Nun haben auch die Anwohner und zahlreiche Berliner, die dort verkehren, energisch gegen diesen Plan Stellung genommen. Sie wollen keine Vermehrung von Neubildungen, sondern Rugharmmachung der Wasserflächen, verlangen die Anlage von Blauschwämmen am Engelbeken, Beseitigung der Unsauberkeiten am Kanal und bessere Ausgestaltung der Uferflächen. Würde man am dem Plane der Zuschüttung des Kanals festhalten, würde es noch nach Ansicht von Interessenten zu heftigen Kämpfen kommen. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß vor annähernd 20 Jahren ein ganz ähnlicher Plan für den Potsdam durchziehenden Kanal aufstach. Dem Eingreifen des Berliner Heimatschutzvereins, des Dürer-Bundes und anderer Anstaltsorgani-

lationen war es zu danken, daß die Ausführung des Planes unterblieb. Der Kanal ist auch heute noch für Potsdam eine städtebauliche Zierde.

## Selbstmordversuch Holzmanns. Ueberführung in die Charité.

Der Russe Michael Holzmann, gegen den erst vor einigen Tagen im Zusammenhang mit dem Fall Kutischer und dem Fall Regierungsrat Bartels die Anklage wegen Betruges und Bestechung erhoben worden ist, hat, wie erst jetzt bekannt wird, am Donnerstagabend einen Selbstmordversuch gemacht, indem er sich mit einer aus Bettlakenstreifen zusammengedrehten Schlinge am Fensterbalken seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis in Roabit aufhängte. Zufällig wurde die Zelle wenige Sekunden später von einem Aufseher betreten, der den schon bewußtlos in der Schlinge hängenden Holzmann noch rechtzeitig genug abschnitt, um ihn wieder ins Leben zurückzurufen. Auf Grund dieses Vorfalls wurden sofort die diensttuenden Gefängnisärzte benachrichtigt, die Holzmann gründlich untersuchten und bei ihm eine schwere Hysterie feststellten. Bisher hatte man angenommen, daß Holzmann, nachdem sein Mißtrauungsfall, Regierungsrat Bartels, wegen eines schweren Nervenleidens aus der Haft entlassen worden war, nun auch seinerseits eine solche Entkräftung vorzuziehen und den „wilden Mann“ spielen wollte. Immerhin hatte die Strafkammer schon vor mehreren Tagen beschlossen, Holzmann zur Beobachtung seines Nervenzustandes nach der Nervenklinik der Charité überzuführen zu lassen, ein Beschluß, der aber noch nicht zur Ausführung gelangt war. Nachdem nunmehr dieser Selbstmordversuch zu verzeichnen ist, dürfte Holzmann schließlich der Charité zugeführt werden.

## Tropenhitze im Mai.

Eine Hitzewelle von großer Heftigkeit liegt über Berlin. Das schon im Mai. Ungeleitete Zustimmung aber werden die Dampfäder von oben wohl bei der Schlußung finden, deren Hitzeferienhoffnungen nahe Gestalt anzunehmen beginnen.

Das Berliner Wetterbureau teil uns auf Anfrage folgendes mit: Das sommerlich warme Wetter der letzten Tage verdanken wir einem Hochdruckgebiet, welches sich langsam von Süden nach Norden verschoben hat und am heutigen Sonnabend in der Umgebung der Ostsee liegt. Infolge der absteigenden Bewegung im Innern des Hochdruckgebietes ist der Himmel fast in ganz Deutschland wolkenlos und bei ungehinderter Sonneneinstrahlung haben sich die Temperaturen zu beachtenswerter Höhe gesteigert. Von Mittwoch an haben wir täglich etwas höhere Mittagstemperaturen zu verzeichnen gehabt, wir erreichen jetzt bei uns 24 bis 25, in Süddeutschland sogar über 26 Grad Celsius. So hoch diese Zahlen auch sein mögen, stellen sie doch keineswegs Höchstwerte für die jetzige Jahreszeit dar, denn wir hatten beispielsweise im vorigen Jahre um die gleiche Zeit sogar Temperaturen bis zu 30 Grad. Entsprechend der großen Ausdehnung des Hochdruckgebietes ist die Luftfeuchtigkeit des Himmels eine sehr ausgedehnte Erscheinung. Luft und Boden trocken dabei sehr stark aus, Niederschläge waren in den letzten Tagen nur in Schlesien und Süddeutschland an einzelnen Stellen gelegentlich kleinerer Gewitterföhrungen zu verzeichnen. Wie gewöhnlich bei Hochdruckwetterlagen ist es auch in der Höhe sehr warm, so daß auch auf den Gipfeln unserer Mittelgebirge die Temperaturen mittags über 15 Grad ansteigen. Rummehr ist südlich von Island der Luftdruck kräftig gefallen und am Sonnabend erstreckt sich eine flache Tiefdruckrinne über Frankreich. Sie wird dort zu Gewitterbildungen Anlaß geben, da jedoch auf ihrer Rückseite noch kein nennenswerter Druckanstieg zu verzeichnen ist, wird sie voraussichtlich nur wenig vorwärts kommen und zunächst nur bis Deutschland reichen. Für Sonntag haben wir deshalb noch Aussicht auf heiteres und dabei sehr warmes Wetter, dagegen ist für Montag bei ebenfalls noch warmer Witterung mit zunehmender Gewitterbildung auch bei uns zu rechnen.

## Zwei „swarte“ Geschäftsteute.

Zwei Polen namens Salomon Perewitsch und Woss Conjens, die in der Infanzionszeit hierhergekommen waren und in der Wallstraße 14 eine Juwelen-An- und Verkaufsstelle „Fortuna“ eröffnet hatten, sind soeben mit Juwelen im Werte von über 100 000 Mark flüchtig geworden. Perewitsch hat seine Frau, die in der nächsten Zeit schon der Geburt eines Kindes entgegensteht, mit ganzen 100 Mark zurückgelassen. Nach den bisher bei der Kriminalpolizei eingegangenen Anzeigen haben die beiden Flüchtigen erst in den letzten Tagen für über 100 000 Mark Juwelen in Kommission genommen, ohne einen Pfennig darauf zu bezahlen, darunter 4 goldene Uhren mit den Nummern 414 040, 404 831, 404 032 und 404 248, zwei Verlorenföhrer, drei Brillantanhänger, zwei goldene Dosen und ein Platinarmband.

Der Geschäftsführer Karl Halwes aus der Knechtelstraße, der bei der Rohwollefirma H. V. Weiß u. Co. in der Bülowstraße angestellt war, ist von einer Geschäftsreise, die er schon vor längerer Zeit antrat, nicht zurückgekehrt. Mehrere Anzeigen brachten jetzt die Aufführung. Halwes hatte auf eigene Faust für 200 000 Mark Rohwolle gekauft und verschleudert. Die Kriminalpolizei fand eine Spur des Flüchtigen, die nach Paris führte. Sie stellte auch fest, daß er dort mit einer Geliebten im Hotel „Richmond“ gewohnt hat, aber mit unbekanntem Ziel schon wieder abgereist ist.

## Republikanische Bannerweibe.

Am Sonntag, den 17. Mai, veranstaltete die Ortsgruppe Berlin 6 (Kreuzberg) des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ihre Bannerweibe. Die Reichsbannerkameraden versammelten sich zu diesem Zweck um 1 Uhr auf dem Mariannenplatz. Hier wird ein Zug formiert, der sich durch den südöstlichen Teil des Bezirks Kreuzberg nach dem Platz am Urban bewegt. Dort selbst findet die Bannerweibe statt. Nach dem Weiheakt bewegt sich der Zug durch den südwestlichen Teil des Bezirks zur Bodbrauerei, wo im Anschluß an die Bannerweibe ein republikanisches Volksfest stattfindet. Sämtliche Republikaner werden aufgefordert, sich mit ihren Verwandten, Freunden und sonstigen Angehörigen daran zu beteiligen. Die im Bezirk Kreuzberg wohnenden Republikaner werden ersucht, am Sonntag, den 17. Mai, schwarzrotgold zu tragen.

Die glückliche Gewinnerin des Haupttreffers unserer Arbeiterwohlfahrtslotterie meldet sich heute in der Redaktion des „Vorwärts“. Es ist eine Frau Charlotte Lehmann, Marienstraße 19. Wenn die ersten Schnaeeladen fallen, wird das erfreute Ehepaar — der Mann ist Angestellter bei Siemens u. Halske — das Landhaus beziehen.

Volkshochschule Pantom. Am 16. Mai, 7 Uhr: Södtl. Volkshochschule des Berliner Entomologen (Waldner) Drecker (Direktor Generalmusikdirektor Dr. Julius Köpck) im Bürgerpark Pantom. Eintrittspreis einisch. Programm: 50 W.

## Verhaftung eines Häuser-Jüngers.

In der Donnerstagnacht wurde der Räteleiter a. D. Graf Bothmer in Leipzig verhaftet. Bothmer war mit dem Apostel Häuser, dessen Rolle übrigens ausgepielt ist, in Verbindung getreten und hatte mit den Anhängern Häuser eine Eingabe an den Staatsgerichtshof unterzeichnet, in der Häuser sofort die Freilassung des berühmten Kapitäns Ehrhardt forderte. Die Eingabe war in expressischem Ton geschrieben, so daß gegen die Unterzeichner ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Ende April dieses Jahres war der Termin zur Hauptverhandlung in Hamburg angelegt. Hier erschien Graf Bothmer jedoch nicht. Deshalb war der Haftbefehl erlassen worden, der nunmehr vollzogen wurde.

